
Liebe Leserinnen und Leser,

UmweltministerInnen kommen und gehen – die Umweltprobleme bleiben. Als der BBU-Newsletter Nr. 4/12 erschien, war nicht absehbar, dass beim Erscheinen von Nr. 5/12 in Berlin ein neuer Umweltminister amtieren würde. Erfahrungsgemäß wird auch er eine Menge Druck benötigen, damit im Umwelt- und Naturschutz die Dinge wenigstens halbwegs in die richtige Richtung gehen. Wer meint, der neue Minister wird alles besser richten, ist falsch beraten. Das Engagement von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden ist weiterhin dringend erforderlich. Somit auch das Engagement aller Leserinnen und Leser des BBU-Newsletter. Und weil das oft gemeinsam besser und effektiver geht lädt der BBU alle Leserinnen und Leser sowie alle Umweltinitiativen, die noch nicht im BBU organisiert sind, dazu ein, Mitglied im BBU zu werden. Nähere Auskünfte über den BBU gibt es bei Bedarf in der Bonner Geschäftsstelle und die Aufnahmeformulare findet man direkt hier: <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>.

Die Newsletter-Redaktion wünscht sich viele Neueintritte bis zum Sommeranfang. Also: Nicht lange zögern und möglichst sofort das passende Formular ausdrucken und ausfüllen. Gemeinsam sind wir stärker!

Die Newsletter-Redaktion und die BBU-Geschäftsstelle wünschen Euch einen schönen Juni!

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle**Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE / IHRE Spende ...**

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

Wer möchte, kann auch bequem online einen beliebigen Betrag an den BBU spenden:

https://www.spendenportal.de/formulare/spendenformular.php?projekt_id=11578**2. Themenbereiche****Atomindustrie****Auch BBU-Mitglieder waren am 28. April in Gorleben dabei**

Zum Gedenken an die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl vor 26 Jahren fanden sich am 28. April 2012 bei strahlendem Sonnenschein und Frühlingswetter bis zu 3000 Menschen in Gorleben ein. 144 Trecker der bäuerlichen Notgemeinschaft, die Mitglieder der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Aktive aus zahlreichen Initiativen wie ausgestrahlt, x1000-mal quer, BBU und von anderen Atomstandorten trafen sich in Familienfestatmosphäre zur Kundgebung und anschließenden Umzingelung vor dem geplanten atomaren Endlager. Ob beim Flyer verteilen für EWS, ob Groß und Klein, mit Kinderwagen oder Rollstuhl, Fahrrädern, Musikinstrumenten, Drehorgeln, an Spielständen oder auf Stelzen. Von Hamburg aus leisteten 5 von ausgestrahlt organisierte Busse mit DemonstrantInnen Unterstützung.

Die friedliche Familienfestatmosphäre täuschte aber nicht darüber hinweg, dass der Widerstand in Gorleben stark bleiben wird. Die RednerInnen ließen keinen Zweifel daran, dass Gorleben von der Landkarte der möglichen atomaren Endlager verschwinden muss, eine sehr offene gesellschaftliche Debatte über mögliche Endlagerstandorte, über die Atompolitik nach Tschernobyl und Fukushima bitter nötig ist und noch immer nicht ausreichend und wirklich ergebnisoffen geführt wurde. Andernfalls wird der Protest verstärkt und hartnäckig fortgesetzt werden. Bekräftigt wurde das durch eine von ausgestrahlt und x1000mal-quer anschließend initiierte Blockade der Endlagertore. Auch die kulturellen Beiträge am Endlagerzaun ließen keinen Zweifel. Die Polizei und der Endlagerbetreiber wissen, wie hartnäckig und ernsthaft der Protest hinter seiner Buntheit in seiner politischen Forderung nach sofortigem Atomausstieg ist.

r.l., hh, bbu-mitglied

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv, Teil III (Band 23)

Atomkraftwerke sind potentielle Killermaschinen. Im Umkreis der Kraftwerke steigen die Krebsraten unverhältnismäßig an. Insbesondere Kinder sind immer stärker von Leukämie betroffen. Die Fälle in der Elbmarsch wurden von Barbara Dickmann und Angelika Fell minutiös dokumentiert, doch trotz aller Beweise für die Schuld der Verursacher, mauern die Landesregierung Schleswig-Holstein und die Betreiber der Kraftwerke und Kernforschungsanlagen und weisen jede Verantwortung von sich.

Dies gleicht dem Verhalten des TEPCO-Konzerns in Japan nach dem Super-GAU 2011. Zwischen der Katastrophe in Japan, der sich der Band ebenfalls widmet, und der Katastrophe in der Elbmarsch gibt es einen Zusammenhang: unverantwortliches Handeln der Konzerne im Interesse ihrer Profite und auf Kosten der Menschen.

Der Laika Verlag wird in seiner Reihe »Bibliothek des Widerstands« insgesamt fünf Bände zur Geschichte der Anti-AKW-Bewegung herausgeben. Die Bücher enthalten dreizehn DVDs mit insgesamt knapp vierzig Stunden Dokumentarfilmmaterial. Begleitet werden die Filme von Analysen zur Kernkraftproblematik und einer ausführlichen Schilderung der Entwicklung dieser Protestbewegung. Zahlreiche, eindrucksvolle Fotos stehen den Texten zur Seite.

So bietet »Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv I bis V« einen einmaligen Überblick der Bewegung von den siebziger Jahren bis heute. Teil III (Band 23): Die Krebsfälle in der Elbmarsch/Der Gau in Fukushima

ISBN: 978-3-942281-02-7, Preis 29,90 Euro.

Bereits erschienen:

Teil I (Band 18) – Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv I, Die AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf, ISBN: 978-3-942281-01-0

Teil II (Band 19) – Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv II, Die Chronik der AKW-Protestbewegung, Sonderband mit 167 Seiten und 23 Filmen. ISBN: 978-3-942281-17-1

Preis je 29,90 Euro.

Mitteilung des Laika-Verlag's vom 24.05.2012

Atommüllproduktion muss gestoppt werden. BI Umweltschutz zum Endlagersuchgesetz

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) setzt auf Kontinuität. Er will gemeinsam mit den Bundesländern ein Endlagersuchgesetz auf den Weg bringen, das bekräftigte der neue Altmaier im "3 Fragen, 3 Antworten"-Interview für den YouTube-Kanal der Bundesregierung. "Das Endlagersuchgesetz ist ein wichtiger Beitrag zum inneren Frieden in Deutschland", sagte der Nachfolger Norbert Röttgens, der zuvor mit den Ländervertretern seit geraumer Zeit am Entwurf für ein Endlagersuchgesetz feilte. "Dann soll Altmaier auch das direkte Gespräch mit den Umweltverbänden und Anti-Atom-Initiativen suchen, wie zuletzt der niedersächsische Umweltminister Stefan Birkner (FDP)", fordert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

"Immer noch wird Atommüll produziert. Ohne eine vorgeschaltete umfassende und öffentliche Debatte des Atommüll-desasters kann kein neues Gesetz verabschiedet werden", stellt Wolfgang Ehmke (BI) klar.

Ein Parteienkompromiss, so sei auch im Gespräch mit Stefan Birkner klar geworden, greife bei dieser Herkules-Aufgabe viel zu kurz.

"Parteien denken per se in Kompromisslinien, der Umgang mit radioaktiven Stoffen erfordert aber sachgerechte Lösungen", unterstreicht der BI-Vorsitzende Martin Donat. "Eine freundliche Gesprächsatmosphäre stellt noch keine Kurskorrektur der Parteien dar.

Wir vertreten mit unserer Forderung, dass ein Schlussstrich unter Gorleben gezogen werden muss, keine Maximalforderung, sondern eine Minimalforderung. 35 Jahre lang wurde in Gorleben gelogen und getrickst, ein Neuanfang in der Atommülldebatte gibt es nur ohne die Schatten der Vergangenheit", so Donat.

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 28.05.2012. Die BI ist im BBU organisiert. Weitere Informationen unter www.bi-luechow-dannenberg.de

Liebe Anti-Atom-Bewegte,

inzwischen läuft der Abbau in Obrigheim auf Hochtouren. Das bedeutet, dass, wenn unsere Klage verhandelt wird, schon ein großer Teil des nuklearen Bereichs abgebaut sein wird. Unsere Forderung nach Öffentlichkeitsbeteiligung bleibt trotzdem aktuell. Zudem befinden sich die 342 Brennelemente weiterhin während des Abbaus in der Anlage. Der Eilantrag beim VGH Mannheim zum Stopp der Abbauarbeiten, bis die BE entfernt sind, wird wohl noch einige Wochen in Anspruch nehmen.

Für die 3. Abbaugenehmigung wird es laut Ankündigung des UM eine freiwillige Informationsveranstaltung der EnKK (EnBW) geben, die aber nicht die rechtlich bindende Form einer Öffentlichkeitsbeteiligung nach Atomrecht hat (siehe unten). Ein Termin für diese Veranstaltung wird wohl in der nächsten Zeit angekündigt werden. Wir informieren euch, sobald wir genaueres wissen.

In den letzten Wochen lagen 2 Dampferzeuger und die Hauptkühlmittelpumpen auf dem Kraftwerksgelände im Freien und sind nun per Schiff auf dem Weg nach Lubmin, insgesamt rund 360 Tonnen. Aktuelle Informationen zum Transport unter <http://lubmin-nixda.de/>.

Um die 4 KlägerInnen finanziell zu unterstützen, damit sie das Risiko des Prozesses nicht allein tragen müssen, bitten wir euch, eine Spende zu überweisen auf das Konto RA Thomas Rahner, Anderkonto, Konto-Nr. 3321916, Volksbank Groß-Gerau, BLZ 508 925 00, Verwendungszweck: Initiative AtomErbe Obrigheim

Viele Grüße

Gertrud Patan

Initiative Atomerbe Obrigheim, www.atomerbe-obrigheim.de.

Aus einer E-Mail an die BBU-Newsletter-Redaktion vom 29.05.2012

Kneift Rot-Grün beim Atomausstieg in NRW?



Wie Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Umkreis der Landesregierung in Düsseldorf erfahren haben, wollen sich SPD und Grüne bei den Koalitionsverhandlungen anscheinend auf keine konkreten Ziele beim Atomausstieg in NRW festlegen. Grund dafür sei unter anderem, dass die SPD insbesondere bei der Stilllegung der heftig umstrittenen Urananreicherungsanlage Gronau den Konflikt mit den Anteilseignern EON und RWE scheut. Die Grünen wiederum scheuen den Konflikt mit der SPD. Auch für die Atommüll-Standorte Ahaus, Duisburg, Krefeld und Jülich zeichnet sich kein tragfähiges Konzept ab, um die Atommüllverarbeitung in Duisburg und Krefeld sowie weitere Einlagerungen ins Zwischenlager Ahaus endlich zu unterbinden.

„Wenn Rot-Grün den Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage Gronau aus Angst vor einem Konflikt mit EON und RWE einfach dulden sollte, bliebe die Sicherheit der Bevölkerung auf der Strecke. Dabei sind die gravierenden Sicherheitsdefizite der Urananreicherungsanlage bei Flugzeugabstürzen, schweren Bränden und Transportunfällen bestens bekannt. Rot-Grün muss nun handeln – im Landtag und im Bundesrat,“ forderte Udo Buchholz, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz sowie des AKU Gronau. Buchholz erinnerte daran, dass 2011 sogar die SPD zur Großdemonstration in Gronau aufgerufen hat. „Jetzt muss die SPD zeigen, ob sie der Atomindustrie wirklich den Hahn zudrehen will,“ so Buchholz.

Aus einer gekürzten *Gemeinschafts-Pressemitteilung von Anti-Atomkraft-Initiativen und BBU vom 01.06.2012*. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/01.06.12.html>.

Fronleichnam grenzüberschreitender Protest: De Prinz kütt - wir auch !!!

(UB) Am 7. Juni 2012 soll in Almelo (NL) eine weitere Halle der niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA) eingeweiht werden. Ehrengast dabei ist der niederländische Kronprinz Willem-Alexander. Der 7. Juni ist ein Feiertag, Fronleichnam. Niederländische AtomkraftgegnerInnen rufen zum Protest mit Transparenten von 15 - 16 Uhr am Haupttor auf (gerne auch schon eine halbe Stunde früher). Beteiligung von unserer Seite der Grenze ist sehr willkommen!

Bitte versucht trotz der kurzen Zeit bestmöglich zu mobilisieren. Wir sollten unsere niederländischen FreundInnen breit unterstützen! Die Anreise mit der Bahn aus Richtung Münster oder Dortmund über Gronau / Enschede bis zum Vorort-Bahnhof Almelo de Riet ist gut möglich. Bei Fragen zur Anfahrt: Bitte einfach melden und nachfragen! Fahrgemeinschaften können über den AK Energie des BBU (02562-23125) oder über die BBU-Geschäftsstelle koordiniert werden. Bitte teilt schnell freie Plätze in PKW oder Mitfahrtsuche mitteilen.

Online kann bereits jetzt gegen den Prinzenbesuch protestiert werden. In einer Petition wird der Kronprinz aufgefordert, nicht an der Einweihungsfeier teilzunehmen. Es können Privatpersonen und Organisationen eingetragen werden (technisch sehr einfach!). <http://www.stichtingvedan.nl>

Die Urananreicherungsanlagen in Gronau und Almelo gehören beide zum Urenco-Konzern. Wenn es nach Urenco geht, können bald von Almelo aus rund 50 Atomkraftwerke mit angereichertem Uran versorgt werden!! Lasst uns gemeinsam am 7. Juni in Almelo gegen die weltweiten Urenco-Aktivitäten demonstrieren!

Wer den niederländischen Kronprinzen (er genießt in den Niederlanden ein relativ hohes Ansehen) noch nicht kennt, kann ihn sich hier mal ansehen:

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1637998/Prinz-Willem-Alexander-eroeffnet-Klaerwerk#/beitrag/video/1637998/Prinz-Willem-Alexander-eroeffnet-Klaerwerk>

Übrigens: Der Bruder von Prinz Willem Alexander, Prinz Friso, ist ein führender Mitarbeiter von Urenco Nederland!

Protestaufrufe (niederländisch und deutsch) findet man hier:

<http://www.bbu-online.de/Aktionen%20vor%20Ort/vor%20Ort.html>

Einwendung gegen den Ausbau des AKW Temelin

(UB) Der Atomkomplex Temelin soll nach Wunsch der tschechischen Regierung um zwei neue Atomkraftwerke erweitert werden, direkt neben den beiden bestehenden Blöcken, die für ihre zahlreichen Störfälle berüchtigt sind. Das muss verhindert werden!

Noch bis zum 18. Juni 2012 besteht die Möglichkeit, im Rahmen der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gegen die Neubauten ablehnend Stellung zu beziehen. Dies ist auch online möglich! Der BBU lehnt den Neubau der AKW grundlegend ab:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/20.08.10.htm>

Ausführliche aktuelle Informationen zu derzeitigen Einspruchsmöglichkeiten unter

<http://umweltinstitut.org/radioaktivitat/aktionen/kein-akw-ausbau-in-temelin-996.html>

Energiepolitik

BI Arneburg ergreift Initiative zum Anschub der Energiewende

Rechtzeitig zum Beginn der neuen Debatte um den Fortgang der Energiewende hat die BI „Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg“ eine Initiative ergriffen, die sowohl die entscheidenden Probleme der Energiewende – fehlende elektrische Netze und fehlende Speichermöglichkeiten – aber auch das ungelöste Kraftwerks-Problem in Arneburg einer Lösung näher bringen soll.

An die umwelt- und energiepolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen und der sachsen-anhaltinischen Landtagsfraktionen wurden jeweils Musteranträge geschickt, deren Ziel es sein soll, die Umwandlung von Strom aus Sonne (PVA) und aus Wind (WKA) in speicherfähiges Wasserstoffgas zum Durchbruch zu verhelfen.

Folgende wichtige Eckpunkte dieser Anträge wurden formuliert:

- Förderung und Unterstützung des Aufbaus und Betriebs von Demonstrationsanlagen von einigen Megawatt-Leistung zur Umwandlung von PVA- und WKA-Strom in Wasserstoff durch die Elektrolyse von Wasser – z.B. auch am Standort Arneburg
- Unterstützung der Nutzung des gewonnenen Wasserstoffs durch Einspeisung in das Erdgasnetz.
- Ergänzung des Energie-Einspeisegesetzes (EEG) durch die Vergütung der Wasserstoff-Einspeisung als Anschub-Anreiz zur Entwicklung dieser Technik.
- Verhandlungen mit den Energieversorgungs-Unternehmen zur Beschleunigung der Erstellung und des Betriebs großtechnischer Anlagen.
- Anschub von Forschung und Entwicklung auf breiter Front.

Näheres zur Technik ist im Vorspann zu den Anträgen zu lesen.

Die Initiatoren unterstreichen die Bedeutung des vorgeschlagenen Ansatzes:

Prof. Dr. Winfried Schülke wörtlich: „Wir müssen uns endlich von der Fixierung auf die herkömmlichen elektrischen Netze lösen: das bestehende Gasnetz wäre in der Lage den gesamten Windstrom aus dem Jahr 2011 in Form von Wasserstoffgas aufzunehmen, zu speichern und zu verteilen.“ Und Prof. Dr. Jürgen Rochlitz fügt hinzu: „Wer diese Technik am ehesten beherrscht, wird die Energiewende ohne Atom- und Kohlekraft und ohne unwirtschaftliche Großgaskraftwerke meistern.“

Idee und Verfahren werden unterstützt vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), vom BUND-Sachsen-Anhalt; aber auch Greenpeace und Deutsche Umwelthilfe haben das Verfahren „Power to Gas“ entweder schon im Programm oder in ihren Forderungen.

Pressemitteilung der BI „Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg“ vom 24.05.2012. Die BI ist im BBU organisiert.

Weitere Infos unter www.kein-steinkohlekraftwerk-arneburg.de

Gewässerschutz

Neues aus Wasserwirtschaft, Wasserpolitik und Gewässerschutz

Die beiden neuen BBU-WASSER-RUNDBRIEFE Nr. 993 und 994 beschäftigen sich u. a. mit folgenden Themen:

- Erhöhte Einspeisevergütungen für Wasserkraftanlagen: Was von Umweltgutachtern als „wesentliche ökologische Verbesserung“ beim Betrieb einer Wasserkraftanlage bescheinigt wird, ist manchmal nur Lug und Trug. Jetzt hat das Oberlandesgericht München eine derartige Bescheinigung für zwei Wasserkraftanlagen kassiert. Wir berichten über die Details.
- In Tremtsdorf, einem kleinen Dorf südlich von Berlin, gilt das Murphy-Prinzip: Wenn etwas schief gehen kann, geht es schief. Erst verbreitete sich im Trinkwasser ein „Gartenschlaucharoma“, dann tauchten auch noch Coliforme Keime im Trinkwasser auf. Die Presse schrieb von einem „Trinkwasserdrama“. Der Vorfall ist auch ein Lehrstück in Sachen „Risikokommunikation in der Wasserversorgung“.
- Nur nur (soll vermutlich „Nicht nur“ ... heißen, die Red.) in Mecklenburg-Vorpommern bedrohen Kriebelmücken das Weidevieh. Die Larven der aggressiven Kriebelmücken leben in Fließgewässern.
- In Seen mit Abwassereinleitungen nehmen Antibiotika-Resistenzen zu. Dies konnte jetzt am Genfersee nachgewiesen werden. Wir berichten, welche Folgen diese Forschungsergebnisse für den Ausbau von Kläranlagen haben könnten.
- Der Dachverband der europäischen Dienstleistungsgewerkschaften hat eine europäisches Bürgerbegehren gestartet. Mit der EU-Petition wollen Gewerkschaften, attac und Umweltverbände die die EU-Kommission dazu bewegen, sich für das Menschenrecht auf Wasser und gegen den Wasserkommerz einzusetzen. Dazu müssen mindestens eine Million Unterschriften gesammelt werden.
- Als 13. Bundesland (von 16 Bundesländern) will jetzt auch Rheinland-Pfalz ein Wasserentnahmeentgelt einführen. Wegen vielfältiger Ausnahmenregelungen steht das ebenfalls neu eingeführte Wasserentnahmeentgelt in Sachsen-Anhalt in der Kritik von Umweltökonomern.
- Die Auseinandersetzungen in NRW um die milliardenteure Sanierung defekter Hausanschlussleitungen geht weiter. Die Sinnhaftigkeit der Sanierung von löchrigen Grundstücksentwässerungsleitungen wird von Hausbesitzerverbänden angezweifelt.

Probeexemplare des BBU-WASSER-RUNDBRIEFS können kostenlos und unverbindlich via nik@akwasser.de angefordert werden. Nik Geiler, Freiburg, AK Wasser im BBU

Kohleabbau und Widerstand

The True Cost of Coal – Infotour mit Aktivist_innen aus den USA und dem Rheinischen Braunkohlerevier

In den Appalachen, einem Gebirge im Osten der USA, werden ganze Berge gesprengt, um Kohle abzubauen. Dieses „Mountaintop Removal“ hat verheerende Auswirkungen auf lokale Gemeinden, das Ökosystem und zerstört durch die Kohleverbrennung das Weltklima. Dies alles sind die Kosten für eine vermeintlich billige Energieversorgung im fossilen Kapitalismus. Das Beehive Collective, ein Graswurzelnetzwerk aus Maine, zeigt anhand eines großen Mosaik-

posters auf eindrückliche Art und Weise den Kohleabbau und den Widerstand dagegen. Seit über 10 Jahren machen sie Touren durch die ganze Welt und schaffen es mit ihrer „story-based education strategy“ komplexe Zusammenhänge graphisch zu dekonstruieren und verständlich zu machen.

Seit Mitte April ist der Hambacher Forst besetzt. Er liegt zwischen Düren und Köln und soll für den Braunkohleabbau vollständig abgeholzt werden. Mit Baumhäusern und direkten Aktionen soll die Ausweitung des Tagebaus Hambach gestoppt werden, um Widerstand gegen den atomar-fossilen Energieriesen RWE zu leisten. Die Waldbesetzer_innen erzählen über den Wald, die Besetzung und ihre Pläne.

Vom 3.-12. August wird es wieder ein Klimacamp in Mannheim unweit der Waldbesetzung geben. Das Camp ist ein Ort für Vernetzung, Workshops, Aktionen und ein gutes Leben. Das Klimacamp richtet sich gegen das rheinische Braunkohlerevier, Europas größte CO2 Quelle, um mit einer selbstverwalteten Energieversorgung in eine kohle- und atomfreie Zukunft voran zu schreiten.

ausgeCO2ht berichtet von den Energiekämpfen im rheinischen Braunkohlerevier und den Klimacamps. In der Lausitz wird es dieses Jahr vom 11.-19. August wieder ein Klimacamp geben. (<http://www.lausitzcamp.info>) Ebenfalls stellt das Hausprojekt: die Werkstatt für Aktionen und Alternativen sich vor und Berichtet vom Leben im Rheinischen Braunkohlerevier sowie den Aktionen ausgehend vom Haus. Die Vorträge werden teilweise in deutsch und in englisch sein. <http://www.beehivecollective.org>

Die Tourdaten und Veranstaltungsorte:

- 04.06. 19:00Uhr, Klimacamp Schweiz, Zürich
- 05.06. 19:00 Uhr, Freiburg, KTS, Basler Str. 103
- 06.06. 20:00 Uhr, Köln, Autonomes Zentrum, Wiersbergstrasse 44
- 07.06. 20:00 Uhr, Mönchengladbach, BIS-Zentrum, Bismarckstraße 97-99
- 08.06. 19:00 Uhr, Buir, Treffpunkt Kultur, Bahnstr. 50
- 09.06. 19:30 Uhr, Frankfurt, Cafe 2 Grad im Infoladen im Café Exzess (noch nicht sicher)
- 10.06. 19:30 Uhr, Cottbus, quasiMONO, Erich-Weinert-Str. 2
- 11.06. 20:00 Uhr, Leipzig, Bäckerei, Josephstr. 12
- 12.06. 19:30 Uhr, Berlin, A17 (Admiralstr. 17)
- 14.06. 20:00Uhr, Hamburg, im Gängeviertel, Valentinskamp 39



Quelle: <http://www.ausgeco2ht.de/mitmachen/the-true-cost-of-coal-infotour-mit-aktivistinnen-innen-aus-den-usa-und-dem-rheinischen-braunkohlerevier>

Konzernkritik

Einbruch-Serie bei Konzernkritiker

Kripo eingeschaltet / Verdacht auf nicht-staatliche Akteure / Aktionen zu BP, TEPCO und BAYER

In den letzten Monaten wurde mind. dreimal in die Büro- und Wohnräume des bekannten Konzernkritikers Axel Köhler-Schnura und seiner Familie in Düsseldorf eingebrochen. Das zwischenzeitlich mehrfache Wechseln der Schlüsselanlage blieb erfolglos. Auch kam es zu Attacken von Hackern auf die EDV-Anlage von Köhler-Schnura.

Bei den Einbrüchen wurden gezielt Daten und Datenträger entwendet, die mit der politischen Arbeit von Köhler-Schnura im Zusammenhang stehen. So etwa das persönliche Notebook, das Handy und die Kamera. Die Kriminalpolizei ist eingeschaltet und ermittelt.

Die Polizei geht von professionellen Einbrechern aus, da trotz Sicherheits-Systemen keine Spuren hinterlassen wurden. Nach Aussage der Kripo erscheint ein Zusammenhang mit der politischen Arbeit von Köhler-Schnura plausibel. Die gewechselten Schließanlagen liegen der Kripo zur kriminaltechnischen Laboruntersuchung vor. (...)

Wir verurteilen jedwede verdeckte Operation mit dem Ziel einzuschüchtern, auszuspähen, Falschinformation zu platzieren, legale Arbeit zu behindern oder kostspielige Schäden zu verursachen. Egal ob diese Aktionen von Geheimdiensten oder von Konzernen durchgeführt oder bei Sicherheitsfirmen in Auftrag gegeben werden. Stets stehen sie in krassem Gegensatz zu verbrieften demokratischen Rechten und stellen eine ernste Gefahr für die Demokratie dar. Diese gilt es gegen die zunehmenden Verletzungen von Seiten staatlicher und wirtschaftlicher Macht zu schützen.

Gemeinsame Erklärung vom 7. Mai 2012 von: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), attac Deutschland, Dachverband Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre, ethecon - Stiftung Ethik & Ökonomie, Multiwatch (Schweiz)

Vollständiger Text der Erklärung unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/07.05.12.html>

Es wird um Mit-Unterzeichnung der Solidaritätserklärung gebeten. Unterzeichnen können Privatpersonen ebenso wie Organisationen. Bitte Unterstützungs-email an: [CBGnetwork\(at\)aol.com](mailto:CBGnetwork(at)aol.com).

Verkehrspolitik

Newsletter vom 9. Mai 2012

FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland

UMKEHR e.V. - Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie erhalten heute neue Nachrichten von UMKEHR e.V. und FUSS e.V.

Diesmal geht es u.a. um unsere EU-weite Kampagne zur Einführung von Tempo 30 in unseren Kommunen. Außerdem möchten wir Ihnen einen Vorschlag zur Diskussion stellen, wie das Überholen von Radlern durch Kfz überholt werden kann. Außerdem präsentieren wir Ihnen unseren Vorschlag, die Berliner Straße Unter den Linden wieder zu einer Flaniermeile umzugestalten. Viel Spaß beim Lesen!

Wenn Sie diesen Newsletter selbst direkt beziehen wollen, schicken Sie bitte eine Mail mit dem Betreff "Mail-Rundbrief" an info@umkehr.de oder info@fuss-ev.de

INHALT:

1. Tempo 30 - aktiv werden!
2. Der nächste BUVKO: Ruf nach Papier und Vorschlägen
3. Das Überholen überholen
4. Wir suchen die schönsten Falschparker!
5. Begegnungszonen und Shared Space auch für Fußgänger
6. Flaniermeile Unter den Linden
7. Neue mobilistisch erschienen

+++ 1. Tempo 30 - aktiv werden! +++

Der Bundesvorstand des FUSS e.V. hat beschlossen, die Sondierung und Vorbereitungen für eine Europäische Bürgerinitiative EBI zur Einführung von 30 km/h als maximale Höchstgeschwindigkeit in Städten mit Ausnahmeregelungen durch die Kommunen tatkräftig zu unterstützen, wenn es gelingt, diese Aktivitäten auch finanziell abzusichern. Seitdem schlängeln wir ein wenig. Zum einen ist diese Kampagne bisher leider keineswegs finanziell abgesichert, zum anderen waren bei keinem anderen Thema der letzten Jahre die Türen so weit offen, wenn wir nur angeklopft haben. Die Zeit ist für ein solches Vorhaben reif!

Über 30 größere bis sehr große Verbände in Deutschland, in bisher zehn weiteren europäischen Staaten und auf Europa-Ebene haben ihr Interesse bekundet. In Deutschland hat z.B. der VCD Tempo 30 als Schwerpunktthema für die kommenden Monate beschlossen, der ADFC und auch der BUND sind dabei, aber auch CarSharing, der Verbund Service und Fahrrad oder der Arbeitsring Lärm. Einig ist man sich, dass alle Verbände und Initiativen eigene Aktivitäten entwickeln können, die Unterschriftensammlung der EBI aber als die verbindende Spange aller Aktivitäten in den kommenden Monaten (Zeitraum mindestens 2 Jahre) angesehen wird. Alles Weitere finden Sie auf unserer kleinen Informations-Plattform:

<http://www.tempo-30-in-unseren-staedten.de/?pk_campaign=NL-Mai-2012-Tempo30>

Aus dem Newsletter von FUSS e. V. + UMKEHR e. V. vom 9. Mai 2012. FUSS + UMKEHR sind BBU-Mitglieder.

3. Nachruf

Trauer um Johann Fonfara

(UB) Am 21. Mai ist Johann Fonfara im Alter von 66 Jahren nach einer schweren Krebserkrankung gestorben. Er war Vorsitzender der Deutschen Umwelt- und Gesundheits-Initiative (DUGI) e.V. (www.dugi-ev.de); DUGI ist eine Mitgliedsorganisation des BBU) Ein Foto und einen Pressebericht über das engagierte Wirken von Johann J. Fonfara findet man hier:

http://www.dugi-ev.de/DUGI_im_H%F6chster_Kreisblatt_20.08.2007.jpg

Das Mitgefühl des BBU gehört Johann Fonfaras Angehörigen und seinen Mitaktiven für eine intakte und gesunde Umwelt.

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 5 / 2012, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.06.2012. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.